Ausgabe
Februar
2011

DIE LINKE-IMPULSE
Zeitung des Kreisverbandes Märkisch-Oderland

Kampf um Frauenrechte – lange, erfolgreiche Tradition

von
Uta Barkusky



Uta Barkusky
Bürgermeisterin
von Müncheberg

Seit über 100 Jahren kämpfen Frauen, im wahrsten Sinne des Wortes, in aller „Herren Länder“ um ihre Rechte und feiern seit 100 Jahren den Internationalen Frauentag.
In der Geschichte des politischen Kampfes haben Frauen schon immer gemeinsam mit den Männern eine lange Tradition geschrieben. Herauskristallisiert hat sich die Frauenbewegung besonders ab dem 19. Jahrhundert.
Erste Impulse gingen bereits 1858 von den Demonstrationen New Yorker Textilarbeiterinnen aus. Am 8. März 1908 wurden in Manhatten Arbeiterinnen von Tabak- und Textilfabriken von Aufsehern und Unternehmern in der Fabrik eingeschlossen, um zu verhindern, dass sie Kontakt zur Gewerkschaft aufnahmen und ihre Kämpfe auf andere Fabriken übergriffen. Ein Brand brach aus, nur wenige Frauen konnten sich retten, 129 Textilarbeiterinnen kamen in den Flammen um.
In den folgenden Jahren fanden in verschiedenen europäischen Ländern und in den USA Arbeitskämpfe, Frauendemonstrationen und Aktionen für die Interessen der Frauen, gegen Unterdrückung und Ausbeutung, für Gleichberechtigung sowie gegen imperialistische Kriege statt.
Der erste Internationale Frauentag wurde am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA begangen. In Deutschland nahmen über eine Millionen vor allem Frauen und Männer an Veranstaltungen und Demonstrationen teil, um ihr Recht auf volle politische Gleichberechtigung – in erster Linie das Wahlrecht und damit Mündigkeit - einzufordern. In den folgenden Jahren wurde die Idee des Internationalen Frauentages auch in Holland, Frankreich, Schweden, Russland und der Tschechoslowakei aufgegriffen. In den ersten Jahren war der Internationale Frauentag auch ein Bekenntnis der Frauen zum Sozialismus.
Auf der II. Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz vom 26. bis 28. August 1919 versammelten sich etwa 100 Frauen aus 17 Ländern in Kopenhagen. Ihr Ziel, das Frauenwahlrecht einzufordern, verbanden sie mit ihrer Erfahrung, dass sie ohne politischen Druck nichts erreichen. Dem Vorschlag von Clara Zetkin und Käte Dunker auf dem Kongress ist es zu verdanken, dass der 8.März als Frauentag zu einem Ereignis mit internationalem Charakter geworden ist. Der Internationale Frauentag am 8. März ist heute auch in unserem Land ein wichtiges gesellschaftliches Ereignis.
Einhundert Jahre Internationaler Frauentag sind Bekenntnis und Forderung nach Gleichberechtigung der Frauen in Familie, Beruf, gesellschaftlicher und politischer Arbeit. Es gilt heute wie früher, für diese Ziele zu kämpfen, denn sie sind bei weitem noch nicht erreicht.
Ich möchte hier neben vielen Aufgaben nur die wichtigsten nennen, denen wir uns konkret stellen müssen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Chancengleichheit in der beruflichen Karriere und im gesellschaftlichen Leben, ausreichende gesellschaftliche Einrichtungen für Kinder, Unterstützung allein erziehender Mütter und nicht zuletzt Kampf gegen Kriege, damit Mütter nicht um das Leben ihrer Kinder bangen müssen.
Die heutigen Errungenschaften sind hart erkämpft worden, aber noch sind wirkliche Gleichberechtigung und ein echtes Verständnis zwischen den Geschlechtern noch nicht erreicht. Die gefühlte Emanzipation der Frauen und die wirkliche Gleichberechtigung weichen noch stark voneinander ab.

Ich bin froh, dass ich mein Familien- und Berufsleben in einer Zeit anfangen konnte, in der ich mir keine Fragen stellen musste, die sich heute viele junge Frauen und Familien stellen – welche Chance habe ich zur und in der Ausbildung? Wie verläuft mein Einstieg in meine Berufstätigkeit? Wann können wir uns Kinder leisten? Und noch schlimmer – können wir uns überhaupt Kinder leisten, ist es überhaupt verantwortungsvoll, in der heutigen Zeit Kinder in die Welt zu setzen?
Unternehmen sind heute noch nicht bereit, ihre Personalpolitik auf die Lebensrealitäten der Frauen einzustellen. Für viele Frauen gibt es quer durch alle Bereiche der Volkswirtschaft immer noch bis zu 25 % weniger Entgelt für vergleichbare Arbeit und Verantwortung. Die Frage nach der Schwangerschaft oder der Wiedereinstieg junger Mütter in das Berufsleben ist sehr schwer.
Eine Frage, die mich oft in diesem Zusammenhang beschäftigt, ist die unglaublich hohe und weiter zunehmende Kinderarmut. Bewusst werden muss uns aber auch, dass diese sehr oft mit einer Frauenarmut verbunden ist. Das Armutsrisiko ist für Alleinerziehende, die größtenteils Frauen sind, besonders hoch. Jede dritte Alleinerziehende in Deutschland gilt offiziell als arm. Wir Kommunalpolitiker erleben es immer wieder in unserer Arbeit.
In der Politik sind wir Frauen auch weniger vertreten, setzen aber durch unsere andere Kommunikationsart und Herangehensweise an Probleme durchaus Akzente. Meine persönlichen Erfahrungen und Beobachtungen sind – ohne feministisch zu wirken -, dass Männer in der Politik erst einmal „Rituale wie Alphatiere“ benötigen, um sich einen Platz zu schaffen, statt von vorn herein sachorientiert zu agieren. Bei diesen „Reibereien“ gehen viel Kraft und Nerven sinnlos verloren, die wir aber zur sachlichen Lösung von Problemen brauchen.
Ich freue mich, dass sich der Internationale Frauentag durchgesetzt hat und zunehmend auch wieder richtig gefeiert wird. Er ist nicht zu vergleichen mit dem Muttertag, der, in Nazizeiten entstanden, die Stellung der Frau in der Gesellschaft eher auf die konservative, bürgerliche Rolle in der Ehe, als Mutter im Haushalt am Küchenherd oder als Seelentrösterin beschränkt. Die Wurzeln des Frauentages liegen mehr in der Tradition proletarischer Frauenkämpfe und weniger in bürgerlichen Rollenmustern.
Persönlich halte ich nichts von Geschlechterquoten, denn der oder die Fähigsten sollen die Arbeit gemeinsam mit denen durchführen, die voll dahinter stehen und geeignet sind. Ich wünsche mir sehr, dass in Müncheberg und in unserer Region mehr Frauen den Mut und die Courage aufbringen, sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren, Verantwortung zu übernehmen und, wie eingangs gesagt, mit den Männern zusammen die lange Tradition fortzuschreiben.
In diesem Sinne hat mir das Motto des Frauentages nach dem 2. Weltkrieg sehr gefallen:

„Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!“

Programmdiskussion mit Sahra Wagenknecht



Man musste schon rechtzeitig gekommen sein, um in der Aula der Gesamtschule Petershagen einen guten Platz zu ergattern – ein Glück, dass der Raum groß genug war und eine Empore hatte, sonst hätten einige der etwa 300 Gäste des Diskussionsabends buchstäblich ein Nachsehen gehabt. Der Moderator aus Neuenhagen begrüßte den Vorsitzenden des gastgebenden Ortsverbandes Petershagen/Eggersdorf, den Bürgermeister des Ortes und natürlich auch die Anwesenden. Besonders aber wurde Sahra Wagenknecht willkommen geheißen, von der man zu Recht einige interessante Antworten erwarten konnte.

Es ging auch gleich zur Sache mit den Fragen, wieso der Kapitalismus gestärkt aus der Krise hervorgegangen sei. Die Antwort: Erholt hat sich bislang nur der Finanzsektor. In Deutschland soll es der steigende Konsum richten. Der Aufschwung wird so nicht anhalten - es gibt keinen Zuwachs an Einkommen, und die Ungleichgewichte in der EU nehmen zu statt ab. Hier könnte nur ein drastischer Schuldenerlass helfen. Sparen hilft nicht, es ist nur die Ausrede der Regierenden, die nicht Hand an die Wurzel des Übels legen wollen - die Privatisierung der Gewinne und die Sozialisierung der Verluste.

Das klingt doch plausibel, warum sträubt sich die Koalition dann so gegen eine Vermögensabgabe? Zu dieser Frage gab es die Auskunft, dass ohne Druck von der Straße sich hier nichts ändern wird.

Wie ist die Neuordnung des Bankensystems zu verstehen, die im Programmentwurf enthalten ist? Ist die Verstaatlichung der Privatbanken überhaupt möglich? - Ja, nur bei öffentlichem Eigentum kann die Renditejagd wegreguliert werden.

Sollte man Geldvermehrung ohne reale Wertschöpfung verbieten? Soll der Staat die Wirtschaft vor den Banken schützen? Wie steht es mit der Transaktionssteuer? Kann man die Krise durch Wachstum überwinden? Sollte das Finanzwesen nur als gemeinnützig erlaubt sein? - Auch hier klare Antworten: Die Finanzwirtschaft muss sich auf ihren ursprünglichen Zweck - das Kreditwesen beschränken. Nur eine andere Wirtschaftsordnung kann auch die Spekulation verhindern. Eine Finanztransaktionssteuer von 0,05 % würde 27 Mrd. € bringen. Wird aber von der Koalition nicht gewollt, man will die Banken schonen ...





Sahra Wagenknecht und der Vorsitzende der BO Petershagen/Eggersdorf Wilfried Hertel

Wachstum ja, aber qualitativ. Die Lebensverhältnisse müssen sich dadurch verbessern.

Zum bedingungslosen Grundeinkommen stehe sie kritisch. Erwerbsarbeit ist Lebensinhalt und soll durch ein Recht auf Arbeit und vernünftige Löhne gesichert sein.

Nach 90 interessanten Minuten bedankten sich Moderator, Gastgeber und Teilnehmer herzlich bei Sahra Wagenknecht. Man ging auseinander mit dem Wissen, dass sich von allein nichts zum Guten wenden wird. Nur eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsform kann hier Veränderung schaffen. Da hat die LINKE noch viel Arbeit vor sich, sollte sich dabei aber nicht ganz alleine fühlen ...

Klaus Biedka

* *vollständiger Text unter http://www.dielinke-neuenhagen.de/*

Rosa und Karl unvergessen

Am 15. Januar jährte sich zum 92. Mal der Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Auch in diesem Jahr haben wieder Zehntausende der beiden Revolutionäre gedacht, die 1919 von Freikorpssoldaten im Auftrage der deutschen Wirtschaftseliten und gedeckt von der SPD-Führung ermordet wurden. Die Gründe dafür waren ihr unbeirrbarer Kampf gegen den ersten Weltkrieg, gegen die brutale Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung und ihr konsequentes Eintreten für eine gerechtere Gesellschaftsordnung. Ihr Kampf richtete sich aber auch gegen die Verräter in den eigenen Reihen, die Führer der SPD, die den Krieg unterstützt hatten und am Vorabend der Revolution in Deutschland alle Vorbereitungen trafen, um die Bevölkerung in die Irre zu führen. Am Ende duldeten sie, dass die revolutionären Massen mit Waffengewalt zum Schweigen gebracht und ihre Anführer ermordet wurden.



Warum gehe ich seit 1990 regelmäßig und seit vielen Jahren gemeinsam mit meinem Sohn zu dieser Veranstaltung am 2. Sonntag im Januar? Ich glaube, es ist wichtig, dass es keine „verordnete“ Gedenkveranstaltung mehr ist. Alle Menschen die es zur Gedenkstätte der Sozialisten zieht, ob zum „stillen Gedenken“ oder zur Teilnahme an der „LL-Demo“, eint der Gedanke, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu ehren. Sie eint aber auch der Wille zu zeigen, dass die große Idee von einer besseren, gerechteren Gesellschaftsordnung nicht tot ist, auch wenn sie immer wieder totgesagt wurde und wird.

Ich sehe beim „stillen Gedenken“ überwiegend ältere und alte Teilnehmer. Es sind viele dabei, denen man ansieht, wie beschwerlich für sie der Weg nach Alt-Friedrichsfelde ist. Ihnen ist aber dieser Tag wichtig und der überwiegende Teil hat rote Nelken mitgebracht. Mir ist aufgefallen, dass in den letzten Jahren nicht nur am zentralen Mahnmal Nelken niedergelegt werden, sondern zunehmend auch an den Grabplatten anderer Persönlichkeiten innerhalb und außerhalb der Ringmauer.

Gegen 12 Uhr trifft dann wie jedes Jahr der Demonstrationszug ein. Hier bietet sich ein ganz anderes Bild, denn es sind überwiegend junge Leute der verschiedensten politischen linken, antifaschistischen und marxistischen Gruppierungen. Neben DKP, SDAJ, Linksjugend [´solid] waren vor allem türkische und kurdische linke Gruppen gut sichtbar vertreten. Am frühen Nachmittag türmten sich dann Berge von roten Nelken auf den Gräbern und bewiesen damit: Rosa und Karl sind nicht vergessen.

Hans Müller
Strausberg

Neujahrsempfang einmal anders



„Der Herrgott meint es gut mit euch“, sagte ein Besucher des alternativen Neujahrsempfangs der LINKEN zu mir, „er hat euch schon zum 20. Friedensfest mit schönem Wetter unter die Arme gegriffen und heute braucht ihr auch nicht im tiefen Schnee zu stehen“. Ich habe ihm natürlich zugestimmt, obwohl ich seit langem Atheist bin. Etwa 150 bis 200 Besucher des traditionellen alternativen Neujahrsempfangs der Partei DIE LINKE im Zusammenwirken mit dem Strausberger Arbeitslosenzentrum jedenfalls waren froh, dass sie auf schneefreier Wiese am Lagerfeuer stehen, eine Bratwurst essen, einen Becher Glühwein genießen und sich vielseitig unterhalten konnten.

Die Organisatoren und die zahlreichen Spender hatten sich große Mühe gegeben. Eine lange Reihe Tische voller Geschenke stand bereit: Süßigkeiten, Spielzeug, Obst und Nüsse, aber auch Kleidung und anderes – wie auf einem Weihnachtsbasar. Viele Arbeitslose, die an der Tafel des ALZ sonst ein warmes Essen, Kleidung oder sogar Möbel erhalten können, konnten nun noch einen Nachschlag Weihnachten zum Jahreswechsel erhalten.



Frau Bothe vom ALZ begrüßte alle Anwesenden, wünschte allen ein gutes Jahr 2011 und dankte frohen Herzens den diesmal besonders zahlreichen Spendern, der Partei DIE LINKE sowie allen Organisatoren und Helfern. Der Kreisvorsitzende der LINKEN, Bernd Sachse, bestärkte den Dank an alle. Einerseits ärgere ihn die Strausberger Tafel, weil es eine Schande für ein reiches Land wie die BRD sei, dass solche Einrichtungen nötig seien; andererseits freue es ihn sehr, dass es sie gibt. Denn sie helfe auf solidarische Weise all jenen, die in dieser Gesellschaft an den Rand gedrängt werden. Elke Stadeler, Bürgermeisterin unserer Stadt, ließ es sich nicht nehmen, diese Veranstaltung der LINKEN und des ALZ zu besuchen und ihrerseits allen Anwesenden herzliche Neujahrsgrüße zu sagen. Auch sie dankte allen Organisatoren, Spendern und Helfern für die erbrachte Solidarität. 2011 und auch in den Folgejahren würden Solidarität und Hilfe in noch stärkerem Maße gebraucht, denn die Möglichkeiten der Stadt stoßen zunehmend an ihre Grenzen. Sie rief die Bürger der Stadt auf, auch künftig mit ihren Spenden die Not der Armen lindern zu helfen und die Arbeit des ALZ aufrecht zu halten. Der Vorsitzende des Stadtverbandes der LINKEN, Christian Steinkopf, nutzte die Gelegenheit, auf dieser Veranstaltung den Siegern im Fotowettbewerb zum 20. Friedensfest für ihre eingereichten Fotos zu danken und herzlich zum Preisgewinn zu gratulieren.

Fazit: Ein guter, gelungener erster Schritt unseres Kreisverbandes im neuen Jahr vor Ort. Möge die Partei DIE LINKE auch andernorts, in Gemeinden und Städten, in Kreis- und Landesverbänden und auf zentraler Ebene verstärkt aktive Solidarität üben und versuchen, im vertrauensvollen Zusammenwirken mit Verbänden, Organisationen und Vereinen ein breites Bündnis gegen den sozialen Kahlschlag in diesem Lande, für eine andere Politik zu erringen.

F. Schneider
Strausberg

Gesundheit ist keine Ware

Vor wenigen Tagen ist eine „Gesundheitsreform“ in Kraft getreten, die ich für einen unsäglichen gesellschaftspolitischen Richtungswechsel halte – für die Abkehr von Solidarität verbunden mit der Hinwendung zur „Vermarktwirtschaftlichung“ von Gesundheit. Schon heute muss, wer arm ist, früher sterben. Die Lebenserwartung der Bevölkerungsgruppe mit dem niedrigsten Einkommen liegt um 7 Jahre unter der Lebenserwartung der 20 % mit dem höchsten Einkommen. Jetzt sorgt Schwarz-Gelb dafür, dass Gesundheit vollends zur Ware wird. Es gilt nicht mehr das Solidarprinzip, sondern das Profitstreben. Mehrausgaben müssen künftig allein von Beschäftigten und nicht mehr von den Arbeitgebern mit bezahlt werden. Geht man von Mehrausgaben von jährlich 4 % aus, dann werden schon 2013, also 2 Jahre nach Einführung der Kopfpauschale, 21 Euro an Zusatzbeitrag monatlich fällig. Der sog. Sozialausgleich ist ein bürokratisches Monster, bei dem „sozial“ ein einziger Etikettenschwindel ist. Es ist unerhört, wenn Herr Rösler nun auch noch behauptet, die Finanzierung werde gerechter, weil Steuermittel ins System fließen. Ausgerechnet die FDP, die die Steuerkassen zur Beute von Hotelketten und von „Bänkern“ gemacht hat, redet hier von Gerechtigkeit. Lassen wir uns nicht verdummen! Es ist nicht gerecht, wenn der Pförtner einer Firma genau so viel Krankenkassenbeitrag zahlen soll wie der Geschäftsführer. Gerecht ist, wenn Starke mehr tragen als Schwächere.



Weil Gesundheit keine Ware ist, brauchen wir die Stärkung von Solidarität. Genau das ist der Kern der solidarischen Bürgerversicherung, wie sie DIE LINKE seit langem vorschlägt.

Wer mehr Steuermittel ins System geben will, kann das außerdem und zusätzlich tun, für Prävention zum Beispiel oder für Investitionen in Krankenhäuser. Dazu braucht man keine Kopfpauschale. Kopfpauschale ist das Gegenteil von Gerechtigkeit!

Wir werden weiter für eine andere Politik kämpfen. Für gute Arbeit, für gerechte Chancen für alle Kinder, für ein solidarisches Gesundheitswesen!

Marco Büchel (MdL)
Bad Freienwalde

Wie geht es weiter mit der Programmdiskussion und ihrem Abschluss?

Auf der Sitzung des Bundesvorstandes der LINKEN am 11./12. Dezember wurde der folgende Beschluss angenommen:

Bisheriger Verlauf, weitere Schritte und Zeitplan zum Fortgang der Programmdebatte

In diesem heißt es u. a.:

1. Die produktive Auseinandersetzung um das Profil der LINKEN im Rahmen der Programmdebatte ist ein wichtiger Bestandteil der Festigung unserer Partei. Die in dieser Debatte zum Ausdruck kommende Vielfalt linker Politikvorstellungen bildet die Grundlage für ein Pro-gramm, mit dem unsere Partei auch weiterhin in tiefer gesellschaftlicher Verwurzelung erfolgreich zur Veränderung und Überwindung der gegenwärtigen gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse beitragen kann.

2. Der Parteivorstand wird die eingegangenen und in den kommenden drei Monaten noch eingehenden Wortmeldungen weiter auswerten und für die Weiterentwicklung und Überarbeitung des Programmentwurfes nutzen.

3. Der Parteivorstand sieht den Bedarf, den Programmentwurf besonders bei den Themen

Bürgerbüros

Dagmar Enkelmann (MdB)
15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 30 39 84
Fax: (0 33 41) 30 39 85

Mo.–Do. 9 –16 Uhr
Freitag nach Vereinbarung

dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de
www.dagmar-enkelmann.de

Kerstin Kaiser (MdL)
15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Fax: (0 33 41) 30 39 85

Mo.–Do. 9 –16 Uhr

info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

Bettina Fortunato (MdL)
15306 Seelow, Breite Str. 9
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Fax: (0 33 46) 85 21 47

Mo. 10 -17 Uhr
Mi.+Do. 14 -18 Uhr

buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Marco Büchel (MdL)
16259 Bad Freienwalde, Grünstr. 8
Telefon: (0 33 44) 33 45 41
Fax: (0 33 44) 33 45 43

Mo. 10 - 16 Uhr
Do. 14 - 17 Uhr

info@marco-buechel.de
www.marco-buechel.de

Geschäftsstellen

Bad Freienwalde
Grünstraße 8, 16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 34 66
www.dielinke-frw.de
Öffnungszeiten:
Di. 9 –12 Uhr

Strausberg
Große Straße 76,
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

e-mail: info@dielinke-mol.de

Linkstreffs

Linkstreff Seelow
Breite Straße 9,
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
www.dielinke-seelow.de

Öffnungszeiten:
Mo. - Mi. 9–12 Uhr

Linkstreff Strausberg
15344 Strausberg, Wallstraße 8,
Telefon: (0 33 41) 30 39 84
Fax: (0 33 41) 30 39 85

Mo.–Do. 9 –16 Uhr

sozialökologischer Umbau, Feminismus und digitale Welt zu überarbeiten und wird sich mit diesen Schwerpunkten auf seinen Beratungen bis Mai befassen.

5. Der Parteivorstand beauftragt die Parteivorsitzenden bis Ende März
- Gespräche mit Vertreter/innen von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen und sozialen Bewegungen sowie Wissenschaftler/innen, Medienschaffenden und Künstler/innen über den Programmentwurf und ihre Erwartungen an ein linkes Partei-Programm in Deutschland zu führen und die Ergebnisse für die weitere Arbeit am Entwurf nutzbar zu machen;
- mehrere (zwei bis drei) öffentliche „Ratschläge“ zu veranstalten, die sich mit Themen und Fragen beschäftigen, zu denen im bisherigen Debattenverlauf eine intensivere Befassung angemahnt wurde (z.B. moderne Technologieentwicklung, digitale Medien).

Der Parteivorstand nimmt den „Zeitplan für den Fortgang der Programmdebatte“ (Anlage 2) zustimmend zur Kenntnis. Dabei sind die folgenden Termine besonders wichtig:
- 3. Januar 2011: Start der elektronischen Programmdebatte
- 31. März 2011: Stichtag der Programmdebatte und Ende der elektronischen Programmdebatte: alle bis dahin eingegangenen Wortmeldungen bilden die Grundlage der Redaktionskommission
- Mai und Juli: Diskussion, Verabschiedung und Veröffentlichung des Leitantrags durch den Parteivorstand
- 21. Bis 23. Oktober 2011: Programmparteitag in Erfurt
- 18. Dezember 2011: Verkündung des Ergebnisses des Mitgliederentscheids.

Der vollständigen Text des Beschlusses ist zu finden unter
http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand_20102012/beschluesse/bisheriger_verlauf_weitere_schritte_und_zeitplan_zum_fortgang_der_programmdebatte/

Zusammengestellt von Wolfgang Härtel, Strausberg

Bekenntnis zum Oderbruch

Vielbeachtete Rede von Bettina Fortunato im Landtag am 19. Januar.
Wortlaut unter www.bettina-fortunato.de

TERMINE

17. 02.	Kreisvorstandssitzung
17. 02.	15.00 Uhr Linkstreff Seelow **„Ohne Wasser merkt euch das...“ Gerhard Schulze** vom Wasser- und Abwasserzweckverband Seelow zu Gast „Im Gespräch“
21. 02.	Beratung mit Fraktionsvorsitzenden
23. u. 24. 02.	Landtagssitzung
05. u. o6. 03.	**Landesparteitag**
17.03.	15.00 Uhr Linkstreff Seelow Reihe **„Im Gespräch“**: **Werner Hensel**, Ordnungsamt Seelow
04.04.	19 Uhr Alte Dampfbäckerei Seelow **WASCHSALON** mit Bettina und Kerstin
08.04.	18.00 Uhr Begegnungsstätte der VS Seelow, Puschkinplatz **CLUBGESPRÄCH** mit dem Chefredakteur der Zeitung **„Junge Welt“, Arnold Schölzel**

Nein. Diese Suppe esse ich nicht!

(Aus „Der Struwwelpeter“)

Das im letzten Oktober von Gesine Lötzsch, Klaus Ernst und Gregor Gysi auf den Weg gebrachte Strategiepapier macht deutlich, wo bei der LINKEN jetzt die Akzente zwecks zügiger Überwindung von Stillstand und Selbsbeschäftigungs-Manie gesetzt werden müssen. Der Weg zum Ziel der Partei ist klar beschrieben. Um einer Politikänderung Chancen einzuräumen, muss der Weg über das enge Zusammenwirken mit außerparlamentarischen Akteuren und Bündnispartnern, die Beförderung neuer gesellschaftlicher Mehrheiten und einen größeren Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung beschritten werden. So neu ist das nicht, denn schon das Eckpunktepapier und der Programmentwurf heben hervor: Allein auf parlamentarischer Ebene ist ein politischer Richtungswechsel nicht durchsetzbar. In Märkisch- Oderland hat die Vernachlässigung gemeinsamen politischen Handelns mit regionalen Organisationen und Vereinigungen leider eine lange Tradition. Nur ein einziges Mal in den letzten zwanzig Jahren gelang es, die Widerstände des Kreisvorstandes zu überwinden und ihn 2009 zu einem Treffen mit Vertretern der örtlichen Verbände, Vereine und Bürgerinitiativen zu bewegen.
Nun kämpfen ISOR, die GRH, RotFuchs u.a. um die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der LINKEN und um die Verwirklichung der 2009 gefassten Beschlüsse. Ihre Post mit konkreten Vorschlägen über den gemeinsamen Aufbau einer außerparlamentarischen Aktionsebene liegt seit mehr als einem halben Jahr unbeantwortet auf dem Schreibtisch des Kreisvorsitzenden. Weit davon entfernt Motor zu sein, scheint in Märkisch Oderland eher ein Abbremsen und ein „Nein, diese Suppe esse ich nicht“ angesagt. Wer sich der Wegstrecke zur Politikänderung verweigert, organisiert den Misserfolg für die Partei. Wir werden uns damit nicht abfinden und hoffen auf viele Mitstreiter.

Walter Müller

Die nächste Ausgabe

unseres Informationsblattes IMPULSE erscheint am 03 03. 2011

IMPRESSUM

Herausgeber:
Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwahrend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P. : Bernd Sachse, Tel.0 33 41-30 39 84
Mail : info@dielinke-mol.de
Layout u. Satz : Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de
Fotos/Grafik : DIE LINKE. MOL, privat